

PROKLA Redaktion

Editorial: Kritik der Geoökonomie

Der Morgen des 28. Februar 2026 begann mit einem konzertierten Angriff der US-Streitkräfte und der israelischen Armee auf den Iran. Im Zuge der Eskalation entschied Irans Militär Ende Februar, die Schifffahrt durch die Straße von Hormus zu blockieren. Durch die Meerenge werden etwa 20 Prozent des global gehandelten Rohöls sowie Treibstoff und Flüssigerdgas verschifft. Dies ist nicht das erste Mal, dass für die Weltwirtschaft zentrale Schifffahrtsrouten wie die Straße von Hormus oder auch der Persische Golf zum Schauplatz von Konflikten werden. Rohöl und Flüssiggas sind kritische Rohstoffe, die für die industrielle Produktion etwa von Medizintechnik, Medikamenten und Computerchips ebenso unerlässlich sind wie für Mobilität und die Beheizung von Gebäuden in vielen Teilen der Welt. In der Folge des amerikanisch-israelischen Angriffs kam es zu einem massiven Anstieg der Energiepreise, vor allem südostasiatische Länder sind von den Auswirkungen stark betroffen. Eine Ausnahme bildet China, das seine Energieversorgung und -importe bereits seit längerem strategisch diversifiziert und umfassende Ölreserven angelegt hat. Aber auch in Europa sind Staaten von ausbleibenden Importen und durch

gestiegene Weltmarktpreise für fossile Energieträger betroffen. Die weiterhin unübersichtliche Situation im Nahen Osten und die bereits jetzt anziehenden Inflationsraten illustrieren sehr deutlich, wie stark die Abhängigkeitsbeziehungen der globalen politischen Ökonomie – allen Diskussionen über Deglobalisierungsprozesse und strategische Autonomie zum Trotz – weiterhin ausgeprägt sind und welche starken Effekte die Blockade von Nadelöhren wie der Straße von Hormus entfalten kann.

In einer dominanten Zeitdiagnose wird der tiefgreifende Wandel in der globalen ökonomischen Konfiguration als »Zeitalter der Geoökonomie« gedeutet. Dieses sei geprägt durch die Zuspitzung von zwischenstaatlicher Konkurrenz, Handelskriegen, Sanktionsregimen und Investitionskontrollen, einem Wettlauf um technologische Vorherrschaft und um die Kontrolle von Wertschöpfungsketten. Große Aufmerksamkeit erfährt dabei die Verschränkung von sicherheitspolitischen Motiven und ökonomischen Strategien. In dieser Ausgabe gehen wir der aktuellen Konjunktur der »Geoökonomie« nach und setzen uns kritisch mit der in den Internationalen Beziehungen, der Politischen Ökonomie, aber auch in einflussreichen Thinktanks

und außenpolitischen Kreisen verbreiteten und dominanten Lesart auseinander, in der Geoökonomie, begriffen als Logik des globalen wirtschaftlichen Wettbewerbs, der Geopolitik, begriffen als Logik des Krieges, gegenübergestellt wird. Jüngste Höhepunkte der Debatte bilden die sich zuspitzenden technologischen und handelspolitischen Konflikte zwischen den USA und China, der wachsende ökonomische Nationalismus in Europa und die westlichen Sanktionen gegen Russland. Dass der Begriff Geoökonomie mittlerweile von einflussreichen Denkfabriken wie dem liberal-konservativen US-amerikanischen Atlantic Council, dem Council on Foreign Relations oder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik als programmatischer Bezugspunkt etabliert wurde und zu einer strategischen Leitkategorie in den Staatsapparaten avancierte, verweist auf seine politische Wirkmächtigkeit.

Dem Begriff der Geoökonomie kann bei dem Versuch, zeitdiagnostisch aktuelle Verschiebungen in der globalen Ökonomie zu erklären, durchaus sowohl eine deskriptive als auch eine analytische oder gar strategische Bedeutung zukommen. Allerdings bleibt dabei häufig unklar, was konkret unter Geoökonomie verstanden wird, was sie vom Begriff der Geopolitik unterscheidet und worin genau die Veränderungen in der als neu konstatierten Phase liegen. Der »Aufstieg der Geoökonomie« wirft also aus der Perspektive der Kritischen Politischen Ökonomie grundlegende Fragen nach der Beschaffenheit der aktuellen

Konjunktur des globalen Kapitalismus auf. Es gilt zu klären, welche strukturellen und materiellen Prozesse die Grundlage der Transformation bilden und worin diese konkret besteht. Konzeptionell stellt sich die Frage, welche Prozesse und Interessen hier sichtbar oder verdeckt werden: Worin liegen der analytische Mehrwert, aber auch die Grenze des Konzepts? Dieser Frage widmen sich *Joscha Abels*, *Hans-Jürgen Bieling*, *Tobias Haas*, *Sandra Sieron* und *Jenny Simon* im Auftakt zum Schwerpunkt. Die Genese des Konzepts wird kritisch nachvollzogen, um drei Bausteine einer kritischen geoökonomischen Perspektive zu ermitteln: die Adressierung von Kontinuitäten und Brüchen geoökonomischer Wettbewerbsstrategien mit den Organisationsformen des marktliberalen Kapitalismus, die materielle Verankerung ungleicher globaler Wirtschaftsbeziehungen im Zuge des geoökonomischen Wettbewerbs sowie die zugrundeliegenden Kapitalinteressen und Ausbeutungsverhältnisse. So werden Ansatzpunkte für eine kritische politische Ökonomie der Geoökonomie entwickelt, die im gegenwärtigen Diskurs weitgehend marginalisiert bleiben.

Anil Shah betont in seinem Einspruch hingegen, dass die deutsche Debatte zur neuen Geoökonomie die Wirtschaftsgeschichte von Kolonialismus und Imperialismus ignoriere und marxistische Imperialismustheorien der letzten hundert Jahre ausblende. Das Neue gegenwärtiger Machtverschiebungen in der globalen politischen Ökonomie wird ihm zufolge dabei vor

allem durch eine fiktionale Erzählung der liberalen Weltwirtschaftsordnung des 20. Jahrhunderts begründet. Um die gegenwärtigen Krisen und Umbrüche zu begreifen, wäre die kritische Gesellschaftsforschung daher besser beraten, sich mit größerer Sorgfalt auch den Kontinuitäten der Machtausübung in den Weltwirtschaftsbeziehungen und den analytischen sowie politisch-strategischen Potenzialen einer aktualisierter Imperialismusanalyse zuzuwenden.

Der Beitrag von *Regine Paul* beleuchtet dahingehend das neue Konkurrenzverhältnis im globalen Technologieren mit den USA und China als Spielarten des Wettbewerbsstaats. Das von ihr vorgeschlagene Konzept der Tech-Wettbewerbsstaatlichkeit erfasst Transformationen im staatlichen Handeln nicht ausschließlich in Bezug auf das Dominanzstreben der USA und Chinas, sondern aus der Sicht der selbsternannten »Aufholjäger«. Paul argumentiert, dass es sich bei der geoökonomischen »Aufladung« staatlichen Handelns weniger um einen völligen Bruch als um eine Gewichtsverschiebung innerhalb wettbewerbsstaatlicher Logiken handelt. Dazu zeigt die Autorin, wie beispielsweise die EU und Indien versuchen, digitale Märkte regional einzuhegen, und sich dabei neben Industriepolitik, Regulierung und öffentlicher Auftragsvergabe auch der diskursiven Legitimierung und moralischen Überhöhung eigener strategischer Ambitionen bedienen.

Der »Aufstieg der Geoökonomie« und der damit einhergehende wachsende ökonomische Nationalismus vollziehen

sich parallel zur Ausweitung von Kriegen, Aufrüstung und (Re-)Militarisierung – geoökonomische Konkurrenz ersetzt also keinesfalls in Gänze geopolitische Konflikte. Dies verdeutlicht der Beitrag von *Dorothea Schmidt*, die am Beispiel der Beziehungen zwischen China und den USA die These anzweifelt, geopolitische Auseinandersetzungen seien zunehmend zugunsten von Konflikten geoökonomischer Natur in den Hintergrund getreten. Abgesehen von den wirtschaftspolitischen Interventionen der USA und Chinas wurden die Kooperation und verschärfte Konkurrenz beider Länder auch von Maßnahmen der Aufrüstung begleitet. Die Entwicklung wird für mehrere Phasen untersucht, die der Aufeinanderfolge der Parteiführung durch Jiang Zemin (1989–2002), Hu Jintao (2002–2012) und Xi Jinping (seit 2012) entsprechen. Dabei zeigt sich, dass geoökonomische Spannungen mit einer eigenständigen Dynamik nuklearer Aufrüstung, militärischer Beziehungen und Interventionspolitik einhergingen.

Auseinandersetzungen um die Ausrichtung von Märkten und die Kontrolle von Wertschöpfungsketten und Produktionsnetzwerken sind kein grundsätzlich neues Phänomen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, auf welche empirischen Felder sich die Geoökonomisierung bezieht – und welche bislang ausgenommen sind. Die wissenschaftspolitische Debatte um eine neue Geoökonomie ist dabei von Beiträgen geprägt, die unter dem Einfluss der realistischen Schulen der Internationalen Beziehungen staatszentriert angelegt sind und ka-

pitalistische Staaten als »Blackboxes« behandeln. Damit bleibt offen, welche Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen und verschiedenen Kapitalfraktionen sich in der Geoökonomie niederschlagen, welche Akteure die entsprechenden Politiken vorantreiben, wessen Interessen sie artikulieren, inwiefern sie Ausdruck veränderter Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt sind und inwiefern sie eine Neuformierung von Staat-Kapital-Verhältnissen signalisieren.

Eine zentrale offene Frage betrifft auch das Verhältnis von Neoliberalismus und neuer Geoökonomie. Hier setzt etwa der Beitrag von *Philipp Köncke* an, der den USA-China-Konflikt in Hinblick auf geoökonomischen Staatsinterventionismus und die These vom Ende des Neoliberalismus beleuchtet. Köncke interveniert in die Debatte um einen »geoökonomischen Staat« und problematisiert die gängige Deutung als Paradigmenbruch mit Neoliberalismus und Wettbewerbsstaat. Am Beispiel des USA-China-Konflikts argumentiert er, dass geoökonomische Politikmaßnahmen dazu dienen, eine technologische Führungsposition zu sichern und Marktzugangsbedingungen unter den Bedingungen einer intensivierten Konkurrenz innerhalb des kapitalistischen Zentrums zu verbessern. Hierzu historisiert der Autor die Beziehungen zwischen USA und China. Er analysiert insbesondere die geoökonomischen Reaktionen der USA – Zölle, Exportkontrollen und Investitionsprüfungen –, um Kontinuitäten und Brüche im Verhältnis von Staat,

Ökonomie und Globalisierung herauszuarbeiten. Köncke plädiert dafür, geoökonomische Wirtschaftspolitik nicht als Bruch, sondern als widersprüchliche Rekonfiguration von neoliberaler Globalisierung im Rahmen des Wettbewerbsstaats zu verstehen.

Auch *Angela Wigger* und *Scott Lavery* nehmen den Wandel neoliberaler Praktiken angesichts geoökonomischer Verschiebungen in den Blick: Als Reaktion auf geoökonomische Spannungen und die Klimakrise hat die EU ihre industriepolitischen Aktivitäten deutlich verstärkt, was von weiten Teilen der Forschung als post-neoliberaler Kurswechsel interpretiert wird. Die Autor*innen hinterfragen diese Deutung am Beispiel von InvestEU, dem zentralen Garantieinstrument der neuen EU-Industriepolitik, das private Investitionen durch Risikoabsicherung mobilisieren soll. Sie zeigen, wie die Architektur des Programms neoliberale Praktiken nicht überwindet, sondern vertieft: Strategische Allokationsentscheidungen werden an gewinnorientierte Finanzintermediäre delegiert und Finanzialisierungsprozesse weiter angekurbelt. Tief verankerte neoliberale Vermächtnisse untergraben nicht nur die erklärten Ziele einer grünen Transformation, sondern offenbaren fundamentale Widersprüche zwischen den Ambitionen strategischer Autonomie und den verfügbaren marktschaffenden Instrumenten, wie etwa Venture-Capital-Beteiligungen, deren marktgetriebene Exit-Strategien europäisches Kapital und technologisches Know-how in die liquideren Kapitalmärkte der USA abfließen lassen.

Schließlich werden Tendenzen, die mit dem Begriff der Geoökonomie gefasst werden, von einer Zuspitzung der ökologischen Krise überlagert (etwa in Form der Unterbrechung von Lieferketten) oder verbinden sich mit Strategien der Bearbeitung der ökologischen Krise. *Jenny Simon* zeigt in ihrem Beitrag zur Entwicklung der chinesischen Wasserstoffökonomie, dass die ökologische Modernisierung ein neues Feld der geoökonomischen Konkurrenz bildet. Sie argumentiert, dass der Aufbau der chinesischen Wasserstoffökonomie deutlich durch geoökonomische Motive – wie eine Reduzierung der Abhängigkeit von Energie- und Technologieimporten – geprägt ist und Strategien der ökologischen Modernisierung auf dem Terrain der Wasserstoffökonomie neue Felder für den globalen Wettlauf um Technologieführerschaft und Absatzmärkte eröffnen. Ihr zufolge ist Geoökonomie als Scharnierkonzept zwischen Grundstrukturen der kapitalistischen Weltwirtschaftsbeziehungen und konkreten Akteursstrategien zu verstehen, die auf eine Verbesserung der Konkurrenzpositionen von Unternehmen und Wirtschaftsräumen zielen. Dadurch wird deutlich, dass diese Entwicklung der chinesischen Wasserstoffökonomie Bestandteil einer längerfristigen und tiefgehenden Verschiebung in den globalen Konkurrenzbeziehungen ist.

Jenseits des Schwerpunkts antwortet *Christoph Scherrer* auf den Artikel »Die strukturellen Grenzen des Dekarbonisierungsstaates« in PROKLA 221. Scherrer

kritisiert den impliziten Funktionalismus der von Brand und Kolleg*innen vertretenen These, dass die Nichterfüllung zentraler Staatsfunktionen den mangelnden Fortschritt bei der Abkehr von fossilen Energieträgern im Rahmen staatlicher Dekarbonisierungsversuche erkläre. Zudem hinterfragt er die These der Delegitimierung des Staates mit Hinweis auf die Rolle der Parteien. Um die Frage nach den Grenzen der Dekarbonisierung zu beantworten, sollte das analytische Augenmerk stärker auf die Machtressourcen und die politischen, teils strukturellen Opportunitäten gelegt werden, die den führenden gesellschaftlichen Kräften zur Verfügung stehen.

Der Krieg, den Russland zwar nicht so bezeichnet, aber im Februar 2022 seit vier Jahren als massiven Angriff auf die Ukraine führt, wird häufig mit geopolitischen Bestrebungen oder einem Kampf der Kulturen begründet und erklärt. *Ivan Bakalov* analysiert ihn hingegen als Ergebnis von gesellschaftlichen Konflikten, die sich nach dem Zusammenbruch des früheren Sowjetimperiums in Osteuropa und insbesondere in Russland in ungezügelten Formen des Kapitalismus angehäuft haben. Dabei hat sich eine organische Krise des russischen herrschenden Blocks entfaltet, die drei Dimensionen umfasst: die Akkumulation, die Reproduktion der Arbeitskraft und die Legitimität des Regimes. Dieses begegnete der Mehrfachkrise durch Gewalt, die zum Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in der politischen Ökonomie wurde. Dadurch wurden bestehende Widersprü-

che verschärft und neue geschaffen. Auch zuvor war die russische Aggression bereits mehrfach Gegenstand von Artikeln in der PROKLA, insbesondere im Kommentar von *Rudi Schmidt* zu Wladimir Putins Rechtfertigungsrede vom Februar 2022 (online verfügbar) und in den Beiträgen von *Felix Jaitner* und *Ewgeniy Kasakow* in Heft 208.

In einem weiteren Beitrag außerhalb des Schwerpunkts analysiert *Heide Gerstenberger* politische Formen des globalisierten Kapitalismus. Anknüpfend an Debatten, die in der PROKLA bereits in ihren Anfängen in den 1970er-Jahren und auch in den folgenden Jahrzehnten immer wieder kontrovers geführt wurden, zeichnet sie theoretische Unzulänglichkeiten der bisherigen Überlegungen zu einer historisch-materialistischen Staatstheorie nach. Sie sieht diese Mängel unter anderem darin begründet, dass mit wenigen

Ausnahmen darauf verzichtet wurde, Kolonialstaaten als besondere Ausprägungen kapitalistischer Staatsgewalt in den Blick zu nehmen. Die Staatsapparate bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften wurden vielfach zum normierenden »Normalfall«, demgegenüber alle anderen Formen als »Abweichungen« galten. Dabei sei zwar von den grundlegenden Funktionsbedingungen kapitalistischer Produktion auszugehen, aber auch die historische Praxis und daraus folgende staatliche Politik müssten berücksichtigt werden.

Bei dieser Ausgabe waren Joscha Abels und Hans-Jürgen Bieling als Gastredakteure maßgeblich an der Planung und Umsetzung des Schwerpunkts beteiligt. Die PROKLA Redaktion dankt ihnen ganz herzlich für ihre engagierte Mitarbeit und ihre wertvolle Expertise.

Der PROKLA Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren, und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

PROKLA ABO

PROKLA abonnieren und verschenken!

Wer die PROKLA für sich oder als Geschenk abonnieren möchte, findet ein Abo-Formular auf der Website des Verlages:
www.berzt-fischer.de/prokla-abo

Als Abo-Prämie können Sie sich einen der untenstehenden Titel aus unserem Verlagsprogramm aussuchen.
Wenn Sie per SEPA-Lastschrift zahlen, so gar zwei!



Sebastian Schädler
Kontrollver*lust
Männer – Sex – Gewalt

Margit Mayer
Die US-Linke und die Demokratische Partei
Über die Herausforderungen progressiver Politik in der Biden-Ära



Decio Machado • Raúl Zibechi
Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern? Eine Bilanz der lateinamerikanischen Linksregierungen.
Übersetzung / Nachwort: Raul Zelik

Nina Scholz
Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co. Was tun gegen die Macht der Konzerne?



Robin Hahnel • Erik Olin Wright
Alternativen zum Kapitalismus
Vorschläge für eine demokratische Ökonomie